



Grünes Bündnis
Postfach 6411
Neubrückestrasse 17
3001 Bern
Tel. 031 301 82 09
Fax 031 302 88 78
info@gbbern.ch
www.gbbern.ch
PC 30-37923-6

gb.links

- Grüne Zukunft im Kanton
- Bald: Bahnhofplatz mit Baldachin
- JA für gute öffentliche Spitäler



Mitgliederversammlung vom 26. April

zur Zukunft der Grünen im Kanton Bern

Das Beispiel Galmiz zeigt: Grüne Politik überzeugt – gerade weil sie sich nicht am mainstream orientiert.

Grün wie Galmiz

Rund 2000 Personen protestierten anfangs April in Galmiz gegen die Umzonung von 55 ha Landwirtschaftsland und den Kniefall der Behörden vor dem amerikanischen Biotech-Konzern «Amgen». Ein einziger grüner Grossrat – Hubert Zurkinden – hatte sich im Kanton Freiburg gegen das Projekt ausgesprochen. Am Protesttag in Galmiz zeigte sich, dass er durchaus in guter Gesellschaft ist, um gegen einseitige Wachstumspolitik auf Kosten der Ökologie und gegen die negativen Auswirkungen der Standortspirale (Steuerbefreiung) zu protestieren.

Grün gewinnt

Das Beispiel Galmiz zeigt, dass sich grüne Politik oft ausserhalb des mainstreams bewegt und doch immer mehr BürgerInnen überzeugt. In allen Kantonen konnten die Grünen zulegen. In Basel haben die Grünen

ihre Sitzzahl von 10 auf 16 erhöht, in St. Gallen steigerten sie sich auf 10 Sitze (+ 6), im Thurgau auf 13 (+ 5). Die Grüne Bewegung Uri erreichte neu 2 Sitze (+ 1). Zusätzliche Sitzgewinne gab es auch für die Ökoliberale Bewegung Schaffhausen (von 5 auf 6) und für die Grünen im Wallis (von 0 auf 2). Verstärkt wurde im letzten Jahr zudem die grüne Präsenz in kantonalen und städtischen Exekutiven.

Sozialpolitische Öffnung löst Dynamik aus Der Grünen Partei Schweiz ist es erst seit einigen Jahren gelungen, die grünen Bewegungen in den Kantonen unter einem Dach zu vereinen. Überzeugt werden konnten nach einer programmatischen Öffnung zu sozialpolitischen und globalisierungskritischen Themen ökosoziale Gruppierungen wie das GB Bern (2001), BastA Basel (2004) und – geplant – die SGA Zug. Dieser nationale Kurswechsel hat auch junge Grüne ins Boot geholt. Der Beitritt von linksgrünen Lokalparteien zu den Grünen

Schweiz führte in einzelnen Kantonen zu Zusammenschlüssen mit den «traditionellen» Grünen. Interessant ist, dass in den kantonalen Wahlen gerade solche «Fusionsprojekte» mit Erfolg honoriert wurden. Das GB schätzt die Wahlchancen eines grünen Zusammenschlusses bei den Grossratswahlen als gut ein, insbesondere nach der Reduktion der Mandatszahl und grösseren Wahlkreisen.

GB-Ausschuss für Modell «Föderation»

Ein grünes Dach auf kantonaler Ebene würde die ökologische und soziale Politik nicht nur im Parlament, sondern auch in den Bewegungen stärken. Statt vereinzelt könnten GB- und GFL-Mitglieder in den Agglomerationsgemeinden gemeinsam die Lokalpolitik beeinflussen, ohne sich in Abgrenzungen zu verlieren. Die politischen Ziele könnten so wirksamer durchgesetzt werden. Das Modell Föderation führt zu einem Zusammenschluss auf kantonaler Ebene, belässt aber den Sektionen in einzelnen Gemeinden (z.B. Bern) die Möglich-

keit zur Eigenständigkeit. Es beinhaltet zudem eine Wahlvereinbarung für die nächsten kantonalen (2006) und nationalen (2007) Wahlen. Kommt die Föderation zustande, unterstützt das GB eine gemeinsame – von der GFL vorgeschlagene – Regierungsratskandidatur. Da die FDP-RegierungsrätInnen Andres und Annoni nicht mehr antreten, bedeutet dies eine realistische Chance zum Einzug der Grünen in die Regierung.

Die GB-Mitgliederversammlung entscheidet am 26. April im Grundsatz über die Bildung der «Grünen Bern». Der leitende Ausschuss empfiehlt dem Modell Föderation zuzustimmen. Macht mit!

Regula Rytz, Kantonalpräsidentin

Dienstag, 26. April, 20 Uhr,
GB-Mitgliederversammlung,
Hotel Bern, Zeughausgasse 9, Bern.
Unterlagen dazu unter
www.gbbern.ch/gb.kanton/f-kanton.htm

AZB 3000 Bern 1

Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern
An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

gb.links

● Fr, 22.4., 14.30–17.30 Uhr, Hotel Kreuz, Zeughausgasse 41, Bern, Saal Fischer/Hodler. **Mehr Frauen in der Politik – Quoten ein Alibi.** Öffentliche Veranstaltung der Frauengruppen der CVP, EVP, FDP, Grünen, Liberalen und SP.

● Sa, 30.4., 9–17 Uhr, RomeroHaus, Kreuzbuchstrasse 44, Luzern. **Betrogen und verkauft. Frauenhandel in der Schweiz.** Fachtagung mit Marcel Bosonnet, Rechtsanwalt; Heinrich Kesseli, Kantonspolizei Luzern; Marianne Schertenleib, Sozialarbeiterin; Ruth-Gaby Vermot-Mangold, Nationalrätin; Doro Winkler, Mitarbeiterin FIZ. Anmeldung erforderlich. Infos und Anmeldung unter www.romerohaus.ch oder 041 375 72 72.

● So, 1.5., ab 10 Uhr. **1.-Mai-Feier in Bern.** Lohndumping NEIN – GAV JA! Infos unter www.sp-bern.ch/stadt/1.-Mai-Programm.pdf

Abstimmungsparolen vom 5.6.05

Stadt Bern 4 x JA	
Zonenplan Schermenareal – Waldau:	JA
Nutzungszonenplan Hintere Engehalde – Thormannmätteli – Löchligut:	JA
Neuer Bahnhofplatz Bern (Variantenabstimmung):	2 x JA

gb.tipp



«Ist mit Markt im Gesundheitswesen Staat zu machen?»

Picken künftig Privatkliniken die Rosinen aus dem Gesundheitskuchen? Verkauft die öffentliche Hand die Gesundheitsversorgung an die «Spital AG»? Muss das Personal die Zeche für die schleichende Privatisierung bezahlen? Es diskutieren Samuel Bhend, Regierungsrat und Gesundheitsdirektor; Christoph Erb, Grossrat FDP; Markus Meyer, Grossrat SP; Franziska Widmer, Grossrätin GB. Moderation: Susanna Regli, Redaktorin «Der Bund».
Dienstag, 3. Mai, 20 Uhr, Kornhaus Bern, Vortragsaal

Das Grüne Bündnis organisiert in lockerer Folge, teilweise in Zusammenarbeit mit weiteren Organisationen, die Veranstaltungsreihe «Globalisierung und Marktöffnung vor der eigenen Haustüre». Themenbezogen werden die auch in Bern spürbaren Wirkungen von Marktöffnungen und der Internationalisierung von Güter- und Dienstleistungsverkehr diskutiert.

Weitere Veranstaltungen der Reihe:

7. September 2005: **Markt unter Strom** – Die Haltung von Umweltorganisationen und Gewerkschaften zur Zukunft der Stromversorgung.

25. Oktober 2005: **Geld und Güder** – Das Geschäft mit Abfall und Wiederverwertung im geöffneten Markt. Gefahren und Chancen für die Stadt Bern.

Talon

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

- Ich möchte mich in der **Anti-AKW-Kampagne** engagieren.
- Ich möchte mich in der **AG Ökologie** engagieren.
- Ich möchte mich in der **AG Bildung** engagieren.
- Ich möchte **Mitglied** werden beim **Grünen Bündnis**. Bitte schickt mir weitere Unterlagen.

Impressum

Redaktionsschluss gb.links
4/2005: 28. April.
Redaktion: Monika Hächler,
Natalie Imboden.
Satz und Druck: Genossenschaft
Widerdruck, Bern. Lithos:
Genossenschaft Graphix, Bern.

gb.bewegt

Frauenpolitik

Montag, 6. Juni, 19 Uhr,
GB-Sekretariat

Ökologie

Dienstag, 10. Mai, 20 Uhr, Ort noch offen
Kontakt: oekologie@gbbern.ch

Internationales und Migration

Kontakt: Stefanie Gass,
internationales-migration@gbbern.ch

Bildung

Montag, 25. April, 19 Uhr,
GB-Sekretariat

Nationale Politik

Kontakt: Anne Wegmüller,
Tel. 031 301 82 09

Leitender Ausschuss

Mittwoch, 27. April, 20 Uhr,
GB-Sekretariat

Einen neuen Bahnhofplatz braucht die Stadt



Der neue Bahnhofplatz (leider erst mit «Standard»-Menschen belebt).

150 000 Fussgängerinnen und Fussgänger – weit mehr, als die Stadt Bern BewohnerInnen hat – überqueren ihn täglich. Tausende von VelofahrerInnen ziehen dort Tag für Tag ihr Adrenalin rein. 26 000 Autos überfahren ihn tagein tagaus. 3 Tram- und 10 Buslinien kreuzen ihn. Fürwahr: der Bahnhofplatz ist DER Verkehrsknotenpunkt Berns. Er und sein Untergrund, die Christoffelunterführung, benötigen dringend eine Sanierung und Aufwertung zugunsten aller Beteiligten.

Nach der 1997 erfolgreich geführten Abstimmungskampagne gegen den Schanzentunnel, genehmigte die Stimmbevölkerung 2001 den Planungskredit für die Neugestaltung des Bahnhofplatzes. Bei der Abstimmung im Juni geht es nun um den Baukredit. Der Gemeinderat legt dazu zwei Varianten vor: Baldachin oder Einzeldächer. Der ganze Rest – Sanierung, Verkehrsführung usw. – ist identisch. Der städtische Anteil von rund 60 Mio (mit Baldachin), resp. 56 Mio Franken (mit Einzeldächern) er-

möglicht bis im Sommer 2008 eine attraktivere und sicherere Über- und Unterquerung des Platzes. Die Vorlage ist im Grunde genommen eine Sanierungsvorlage, bei der auch verkehrsplanerische, städtebauliche und nutzungsorientierte Aspekte bestmöglich integriert wurden. Zwei Drittel der Gesamtkosten von 80 Mio resp. 76 Mio Franken, bei der sich auch BernMobil, ewb und SBB beteiligen, gehen zulasten des Sanierungsbedarfs.

Sanierungsschwerpunkte: Gleisanlage BernMobil und Christoffelunterführung

Mit der Sanierung der Gleisanlage werden die öV-Umsteigebeziehungen vereinfacht, die Tramwendschleife um die Heiliggeistkirche aufgehoben und der neue, viergleisige Trambahnhof im Schnittpunkt der Achse Hirschengraben–Spitalgasse–Bahnhofsgebäude–Christoffelgasse konzentriert. Damit kann der Bubenbergrplatz entrümpelt und transparenter gestaltet werden. Aber: auch mit einer neuen Baumreihe wird aus dem Bubenbergrplatz nie ein zweiter Bundesplatz werden – zu hoch ist hier die Durchgangsfrequenz der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmenden. Zweiter Sanierungsschwerpunkt ist die Christoffelunterführung. Einige Stellen im Untergrund sind gar schon so auffällig, dass Wassereintritte auftreten. Die vom Stadtrat eingesetzte Fachfrauengruppe hat sich während der gesamten Planungsphase erfolgreich dafür eingesetzt, dass punkto Übersichtlichkeit das bestmögliche zustande kommt.

Mehr Sicherheit für Velofahrende

Die Velofahrenden erhalten einen durchgehenden Velostreifen oder fahren strecken-

weise auf einer Umweltspur über den Bahnhof- resp. Bubenbergrplatz. Damit wird die Fahrsicherheit gegenüber heute massiv erhöht. Für Zweiräder werden neue Abstellflächen und Abstellplätze geschaffen. Bei Annahme der Vorlage wird im Milchgässli eine neue Velostation mit 520 Abstellplätzen gebaut. Wermutstropfen ist die parallel verlaufende Aufhebung von kostenlosen, zentralen Abstellplätzen auf dem Bahnhofplatz – zugunsten des PassantInnendurchgangs. Der MIV-Anteil wurde in den vergangenen Jahren bereits um 20% auf heute 26 000 Fahrzeuge pro Tag reduziert. Diese Menge bleibt auf der Achse Bollwerk–Laupenstrasse zwar gleich. Die orthogonale Verkehrsführung bewirkt aber eine leichte Verlangsamung des Fahrzeugverkehrs und damit eine Senkung der Lärm- und Luftschadstoff-Belastung. Gleichzeitig erhöht sich auch die Verkehrssicherheit.

Das GB hat sich in der Stadtratsdebatte, wie RGM übrigens auch, für die Variante Baldachin ausgesprochen. Die Einzeldächer sind zwar gut als Regenunterstand, sonst aber ziemlich kleinkariert. Der Baldachin hingegen wird ein markantes, verbindendes städtebauliches Element sein. Eingereicht in die Berner Dekade der Welle – nach Paul Klee Zentrum und dem neuen Westzugang des Bahnhofs.

Und zum Schluss: Während der Umbauzeit bleibt der Bahnhofplatz während eines Jahres für den MIV gesperrt. Velos zirkulieren weiter. Ein Jahr autofreier Bahnhofplatz. Wenn das kein amuse bouche ist ...

Martina Dvoracek, GB-Stadträtin



Strassen sind auch Lebensraum!

Immer noch haben die Autos die Quartierstrassen fest im Griff: entweder rollen sie auf der Strasse oder sie stehen parkiert am Strassenrand. Doch immer mehr Quartierbewohnerinnen und -bewohner schliessen sich zusammen und erobern einen Teil des Strassenraums zurück. Mit Begegnungszonen wird das Nebeneinander gelebt: Strassen werden Verkehrs- und Lebensraum! Seit dem 1. Januar 2002 können Begegnungszonen einfach eingeführt werden. Dazu braucht es eine aktive Quartierbevölkerung – die Zone muss zuerst in den Köpfen der Betroffenen «gebaut» werden. Denn die gleichen «Köpfe» werden sich später darin bewegen, leben, spielen. Wenige und einfache Massnahmen tragen zum Erfolg bei. Verschiedenen Belagsmuster oder aufgemalte Kinderspiele etwa bewirken, dass Autos langsam durch die Zone fahren. Und sie geben jeder Begegnungszone ihr eigenes Gesicht. Bald gibt es gegen 40 solche Zonen. Doch nun droht Ungemach von Bundesbern! Die informellen Markierungen sollen verboten werden. Das wäre das «Aus» für Begegnungszonen. Denn welche Stadt kann sich heute teure bauliche Massnahmen leisten? Und warum denn auch – schliesslich haben die bisherigen Begegnungszonen bewiesen, dass es auch billig geht. Mit parlamentarischen Vorstössen, mit lustigen Aktionen und mit einem geschickten Lobbying der betroffenen Städte müssen wir diesen «Perfektionismus» stoppen!

Franziska Teuscher, Nationalrätin Grüne, Präsidentin VCS Schweiz

gb.gewerkschaften

Die 1.-Mai-Feier 2005 steht unter dem Motto: **Lohndumping NEIN – GAV JA**. Natürlich ist auch das GB an der Feier vertreten – mit **Franziska Widmer** als Rednerin und mit einem Informationsstand. 10 Uhr Besammlung zum Umzug in der Münstergasse, 10.45 Uhr Ansprachen auf dem Kornhausplatz, ab ca. 11.30 Uhr Fest- und Kulturteil in der Zeughausgasse und im Hotel Bern. **Lenincup:** Fussballinteressierte fürs GB-Team melden sich bitte auf dem GB-Sekretariat.

gb.gratulation



Am 31. März wurde der Architekt **Til Röster** vom Berner Stadtrat in den Fonds für Wohnbau- und Bodenpolitik gewählt. Fachkompetent und engagiert will er sich für eine soziale Wohnpolitik einsetzen. Herzliche Gratulation!

gb.finanzen

Das finanzielle Leben des GB

Das Jahr 2004 ist definitiv ein grünes Jahr. Das Grüne Bündnis konnte in den Parlamenten der Gemeinden Bern, Biel und Ostermundigen zulegen. Der Sitz im Gemeinderat der Stadt Bern wurde verteidigt. Vorstösse der Autolobby wurden vom Volk für Blech erklärt. Einem weiteren neoliberalen Angriff auf die AHV konnte entgegnet und das gesellschaftsfeindliche Steuerpaket verhindert werden. Und nicht zuletzt wird der Mutterschaftsurlaub am 1. Juli dieses Jahres eingeführt. Diese Erfolge kosteten viel Engagement und auch viel Geld. Ein Merci all jenen, die uns immer wieder grosszügig unterstützen! 2004 ist trotzdem ein finanziell rotes Jahr. Einnahmen von 253 000 Franken stehen Ausgaben von 281 000 Franken gegenüber. Somit ist ein Reinverlust von rund 28 000 Franken zu verbuchen. Nach den auch finanziell erfolgreichen Jahren 02 und 04 sind wieder ungedeckte Schulden auszuweisen. Sie belaufen sich per Ende 2004 auf 26 500 Franken. Unter www.gbbn.ch/f-inhalt.htm sind Jahresrechnung und Budget 2004 sowie das Budget fürs Jahr 2005 zu finden.

Gegen die Amerikanisierung der Bernischen Spitalversorgung

Ja zum «Volksvorschlag für gute öffentliche Spitäler»

Das US-Gesundheitswesen ist kaum staatlich reguliert und wird in allen Bereichen (Krankenversicherung, Spitäler, ambulante Gesundheitsversorgung) von profitorientierten Anbietern und Wettbewerb bestimmt. Es ist mit einem BIP-Anteil von 14,6% (2002 / Schweiz 11,2%) mit Abstand das teuerste Gesundheitswesen der Welt.

Die Gesundheitsversorgung der US-Bevölkerung ist aber ungenügend und unsozial: Die USA kennen kein Versicherungsobligatorium und 45 Mio AmerikanerInnen bzw. 16% der Bevölkerung verfügen – abgesehen von der Notfallversorgung – über keinen Versicherungsschutz. Kommt dazu, dass die Gesundheitsleistungen insgesamt qualitativ mittelmässig sind.

Das Beispiel der USA belegt: Markt und Wettbewerb sind untaugliche Rezepte für das Gesundheitswesen. Trotzdem werden in der Schweiz politisch eine verstärkte Privatisierung und mehr Wettbewerb zur Stabilisierung der Gesundheitskosten angepriesen. Im Kanton Bern ist dies schon konkret. Das neue Spitalversorgungsgesetz (SpVG), über das die Berner Bevölkerung am 5. Juni abstimmen wird, dereguliert die Spitalversorgung. Die öffentlichen Regionalen Spitalzentren (RSZ) werden damit in private Aktiengesellschaften umgewandelt und die Trägerschaft wird Privaten überlassen. Das Gesetz ermöglicht eine vollständige Privatisierung der regionalen Spitalversorgung. Es birgt die Gefahr, dass das Leistungsangebot verstärkt in den Zentren konzentriert, lukrative Leistungen aus- und nicht rentable Leistungen abgebaut werden. Dies leistet der Zweiklassenmedizin Vorschub.



Ein regionales Spitalzentrum unter der Führung des privaten Lindenhofspitals ist gescheitert. Auch deshalb empfiehlt sich ein Ja zum «Volksvorschlag für gute öffentliche Spitäler»!

Ausserdem schützt das Gesetz das Personal und die Arbeitsbedingungen nicht vor dem verstärkten Wettbewerb unter den Spitälern.

Gute Gründe für ein Konstruktives Referendum

Die Personalverbände im Gesundheitswesen haben mit dem «Volksvorschlag für gute öffentliche Spitäler» das Referendum gegen das neue SpVG ergriffen.

Der Volksvorschlag übernimmt zwar die Fortschritte des SpVG, wie z.B. das neue zweistufige Spitalversorgungskonzept oder die neuen Instrumente zur Steuerung der Spitäler. Er korrigiert aber das SpVG in den zwei entscheidenden Punkten:

Erstens schreibt der Volksvorschlag vor, dass der Kanton kapital- und stimmenmässig die Mehrheit der RSZ übernimmt und sie im Besitz der öffentlichen Hand bleiben. Der Kanton hat damit weiterhin direkt Einfluss auf die Spitäler und kann eine gute Spitalversorgung im ganzen Kanton gewährleisten.

Zweitens verlangt der Volksvorschlag, dass der Kanton nur mit Spitälern einen Leistungsvertrag abschliesst, die materiell den GAV-Standard bei den Arbeitsbedingungen einhalten. Das Gesundheitswesen kämpft immer wieder mit Personalmangel. Damit die nötigen Fachkräfte und der Berufsnachwuchs auch in Zukunft zur Verfügung stehen, muss der Kanton dem Personal Gewähr für faire und stabile Arbeitsbedingungen bieten und für den nötigen Schutz im Spitalwettbewerb sorgen.

Das Spitalversorgungsgesetz ist ein Schritt Richtung Amerikanisierung der bernischen Spitalversorgung. Es muss abgelehnt werden.

Der Volksvorschlag hingegen ist ein sachgerechter und moderater Kompromiss. Die Arbeitgeberseite kann gut damit leben. Darum empfehlen auch verschiedene Spitaldirektoren ihrem Personal ein JA zum Volksvorschlag.

Franziska Widmer, Grossrätin GB